

Eine grüne Nahrungsmittelpolitik für Europa

Stärkung der europäischen Nahrungsmittelkultur

(Angenommen vom EGP-Rat am 9.-12. Oktober 2008 in Montreuil, Paris)

1. Gesunde und schmackhafte Nahrung ist politisch

Eines der wertvollsten Allgemeingüter Europas ist ihre vielfältige Nahrungsmittelkultur. Die grüne Nahrungsmittelkulturpolitik pflegt dieses Erbe. Wir möchten den Menschen in ihren Regionen die Möglichkeit geben, gesunde und schmackhafte lokale Nahrungsmittel beizubehalten und zu konsumieren. Um dieses politische Ziel zu erreichen, bedarf es einer konzertierten Aktion der grünen Bewegung gegen eine weitere Industrialisierung von Fischerei, Landwirtschaft und Nahrungsmittelverarbeitung, gegen die gewaltige Marktmacht globaler Nahrungsmittelunternehmen und den alarmierenden Verlust an Nahrungsmittelvielfalt, -qualität und -quantität, zum Beispiel durch die Überfischung vieler Fischbestände.

Lebensmittelskandale wie die Verunreinigung mit Dioxin und Salmonellen und Krankheiten wie BSE und die Vogelgrippe haben ihren Ursprung in der industriell betriebenen Landwirtschaft und wurden zu einer Gefahr für die menschliche Gesundheit, weil Tiere und Nahrungsmittel in größerem Umfang als je zuvor quer durch Europa und die Welt befördert werden. Nahrungsmittel aus dem Labor untergraben das Vertrauen von Landwirten und Verbrauchern in unser Nahrungsmittelsystem. Die EU wird von den Vereinigten Staaten und multinationalen Konzernen unter Druck gesetzt, mithilfe genetisch veränderter Organismen (GVO) hergestellte Nahrungsmittel und geklonte Tiere zu akzeptieren. Wenn aber europäische Landwirte auf die Vielfalt ihrer traditionellen Pflanzen- und Tierarten verzichteten, Fischer lokale Fischbestände so weit überfischten, dass keine traditionellen Arten mehr vorhanden wären, und Verbraucher sich nicht mehr für die Nahrung, die sie zu sich nehmen, interessierten, würde dies die Grundlage unserer Nahrungsmittelkultur und Nahrungsmittelsicherheit zerstören.

Die europäischen Grünen setzen sich dafür ein, dass europäische Bürger essen können, was sie wollen - und nicht das essen müssen, was die Nahrungsmittelindustrie ihnen gern verkaufen möchte. Landwirte und Verbraucher haben klargemacht, was sie wollen. Sie haben vor Jahren die Verwendung künstlicher Hormone in der Fleischerzeugung abgelehnt und wollen in der Zukunft genetisch veränderte Organismen weder auf ihren Feldern noch auf ihren Tellern sehen. Europäische Bürger möchten wissen, woher ihre Nahrungsmittel kommen, wie die Tiere behandelt werden und welche Zusätze sich möglicherweise in ihren Nahrungsmitteln befinden. Sie wollen Fisch aus einer gut bewirtschafteten Fischerei, die der Umwelt keinen Schaden zufügt. Wir wollen dieses Verhalten fördern. Nahrung ist ein entscheidender Faktor für unser Leben, unsere Gesundheit und unser Wohlergehen. Darum ist eine gute Ernährung politisch.

2. Die Märkte müssen für die Menschen da sein

Die grüne Agrar-, Fischerei- und Nahrungsmittelpolitik in Europa zielt darauf ab, eine wechselseitige Verantwortlichkeit zwischen Landwirten, Fischern und Verbrauchern herzustellen. Wir erwarten nicht, dass der Staat die Nahrungsmittelmärkte regelt. Aber wir

DV\755702DE.doc

erwarten, dass die EU und unsere Mitgliedstaaten strenge Vorschriften für einen ökologisch verantwortungsbewussten und sozial gerechten Wettbewerb festlegen und über die Einhaltung dieser Vorschriften wachen. Wir rufen die europäischen Entscheidungsträger auf, global zu denken und europäisch zu handeln; nachhaltige Produktionsmethoden und vernünftiges Verbraucherverhalten müssen - innerhalb und außerhalb der EU - gestärkt werden. Durch bessere Wettbewerbsregeln muss die Konzentration von Marktmacht im Nahrungsmittelsektor beendet und müssen die regionalen und lokalen Märkte gestärkt werden. Vorbedingungen für die staatliche Unterstützung landwirtschaftlicher Betriebe und der Nahrungsmittelindustrie sind nachhaltige und Energie sparende Methoden bei der Nahrungsmittelerzeugung. Grundsätzlich müssen Einfuhren aus Drittstaaten diesen Vorgaben entsprechen, wenngleich für die ärmsten Entwicklungsländer zeitweilige Ausnahmen möglich sind. Staatliche Unterstützung für Verbraucher und Steuervorschriften müssen ein auf gesunde Ernährung gerichtetes Verbraucherverhalten (z. B. Obst und Gemüse) fördern und gesunde Ernährung für alle Bürger, unabhängig von Bildung oder sozialer Herkunft, erschwinglich machen.

Viele landwirtschaftliche Betriebe streben immer noch nach Wachstum, um wettbewerbsfähig zu bleiben, während andere neue Wege lokaler Marktbeherrschung für sich entdeckt haben. Der Verkauf ihrer Produkte als Rohstoffe auf einem anonymen Nahrungsmittelmarkt untergräbt ihre Fähigkeit, die Wünsche der Verbraucher zu verstehen und ihre Produktion an die Bedürfnisse der Verbraucher anzupassen. Die Schaffung lokaler Märkte, dezentralisierte Verarbeitungsverfahren und die unmittelbare Zusammenarbeit mit den Verbrauchern ermöglichen ihnen einen gesteigerten Wertzuwachs, der in die Betriebe zurückfließt und die ländliche Wirtschaft allgemein stärkt. Dies ist notwendig, um einen lebendigen und attraktiven ländlichen Raum zu erhalten. Es gibt eine rasch wachsende Zahl von Verbrauchern, die biologische und gesundheitsgerechte Nahrungsmittel bevorzugen und sich für deren geografischen Ursprung und gesundheitspezifische Merkmale interessieren. Die grüne Nahrungsmittelkulturpolitik fördert die Entdeckung dieser neuen Art der Marktbeherrschung und wechselseitige Verantwortlichkeit. Wir sorgen dafür, dass die Märkte für die Bürger da sind.

3. Die Vorschriften für bessere Nahrungsmittelqualität und ethische Nahrungsmittelerzeugung ändern

Durch die grüne EU-Nahrungsmittelpolitik wird sich ändern, was in Bezug auf echte Nahrungsmittelqualität die Regel und was die Ausnahme ist. Anstatt die industriell betriebene Landwirtschaft zu subventionieren und infolgedessen für die Kosten von Wasserverschmutzung und steigender Gesundheitsfürsorge aufkommen zu müssen, müssen die modernsten Methoden der Nachhaltigkeit die Richtschnur für öffentliche Unterstützung werden. Diese Methoden umfassen biologische Landwirtschaft und andere nachhaltige Methoden zur Erhaltung der Artenvielfalt und der Wasserressourcen, zur Verbesserung der Fruchtfolge und der Bodenfruchtbarkeit, zur Verhütung von Hochwasser, Dürren und Bränden und zur Senkung der Treibhausgasemissionen durch die Integration der Pflanzen- und Tiererzeugung. Industriell betriebene Landwirtschaft und alle Verarbeitungsmethoden, die heute medizinische Kosten verursachen, indem sie Allergien sowie Stoffwechselkrankheiten und chronische Krankheiten auslösen und Kosten für die Wiederherstellung der Umwelt verursachen, müssen stufenweise eingestellt und durch nachhaltige Produktionsmethoden ersetzt werden. Grüne Nahrungsmittelpolitik beinhaltet außerdem Rechtsvorschriften zur Förderung der artgerechten Tierhaltung.

Die Gemeinsame Fischereipolitik muss weiter reformiert werden, damit die Überfischung innerhalb und außerhalb europäischer Gewässer nicht länger subventioniert wird und Fischern bei der Suche nach anderen Einkommensquellen geholfen wird, zum Beispiel durch Umschulungsprogramme. Schädliche Praktiken wie der Rückwurf von Fisch von einwandfreier Qualität oder der Einsatz von Grundschleppnetzen müssen verboten werden. Ferner darf der Markt illegalen, nicht gemeldeten bzw. nicht regulierten Fischfang nicht länger dulden.

Grüne Nahrungsmittelpolitik setzt daher die vollständige Integration von Agrar-, Umwelt-, öffentlicher Gesundheits- und Nahrungsmittelqualitätspolitik voraus. Grundlage der Nahrungsmittelerzeugung müssen die zukunftsfähigsten Methoden und die lokale Diversifizierung der Verarbeitung und Vermarktung von Nahrungsmitteln sein. Wenngleich die Europäische Union vor dem Hintergrund wiederholter Lebensmittelskandale erhebliche Anstrengungen zur Verbesserung der Nahrungsmittelqualität unternommen hat, um zu verhindern, dass schädliche Krankheiten und Substanzen in die Nahrungsmittelkette gelangen, wurden diese Initiativen von den Mitgliedstaaten oftmals verwässert oder verzögert oder durch internationale Handelsabkommen und Freihandelsabkommen im Rahmen der WTO untergraben.

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU umweltfreundlich zu gestalten bedeutet, Investitionen in die soziale und ökologische Infrastruktur und die nachhaltige ländliche Entwicklung zu lenken. Wir stehen für eine echte grüne Revolution in Bezug auf die Sensibilisierung und Weiterbildung von Landwirten und Verbrauchern, eine stärker dezentralisierte qualitätsorientierte Nahrungsverarbeitung, die Einschränkung von Tiertransporten, Nahvermarktung, fairen Handel und eine echte Kennzeichnung hochwertiger Nahrungsmittel.

Kasten 1: Änderung der Vorschriften - Grüne Forderungen

- *stufenweise erfolgende Streichung von Subventionen für die agroindustrielle Entwicklung: Öffentliche Unterstützung für landwirtschaftliche Betriebe muss an die strenge Einhaltung der Vorschriften in den Bereichen Umweltschutz- und Nahrungsmittelsicherheit geknüpft sein (keine Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, keine Verwendung von Antibiotika oder wachstumsfördernden Substanzen in der Tierhaltung, Einhaltung der Umweltschutz- und Tierschutznormen);*
- *spezifische Unterstützung für biologische und extensive Landwirtschaft, einschließlich der Infrastruktur für die lokale Verarbeitung (kleine Schlachtungs- und Verarbeitungsanlagen);*
- *Unterstützung für Fischereiverfahren, die der Umwelt am wenigsten schaden, und Anwendung des Vorsorgekonzepts zur Verhinderung von Überfischung;*
- *steuerpolitische Anreize zur Förderung des Verbrauchs gesunder Nahrungsmittel (z. B. Obst und Gemüse) und zur Verringerung des Verbrauchs ungesunder Nahrungsmittel (z. B. Nahrungsmittel mit hohen Anteilen an Zucker, Weißmehl oder gesättigten Fettsäuren);*
- *Vermeidung von intensiver und industriell betriebener Landwirtschaft durch die Verschärfung der Rechtsvorschriften in den Bereichen Umweltschutz, Tierschutz und Nahrungsmittelsicherheit (Erfüllung von Umweltschutzauflagen oder Cross-Compliance-Prinzip);*
- *spezifische Unterstützung für nicht marktbestimmte Funktionen landwirtschaftlicher Methoden wie „grüne und blaue Dienstleistungen“.*

4. Integrative Politiken - Stärkung des Vorsorgeprinzips

Voraussetzung für grüne Agrar- und Nahrungsmittelpolitiken ist die Stärkung des Vorsorgeprinzips in der öffentlichen Nahrungsmittel- und Gesundheitspolitik - das bedeutet, dass die Gefährdung der öffentlichen Gesundheit durch unsichere Nahrungsmittel möglichst klein gehalten wird und die Qualität unserer Nahrungsmittel durch die Anwendung nachhaltiger Produktionsmethoden verbessert wird. Die EU darf sich in der Nahrungsmittelpolitik nicht darauf beschränken, schädliche Substanzen am Ende der Erzeugungskette zu ermitteln. Überprüfbare Normen, die gesunde Nahrungsmittelerzeugnisse garantieren, müssen für den gesamten Erzeugungsprozess gelten, von Nahrungsmittel- und Futterpflanzen und der Fischerzeugung bis zur abschließenden Verarbeitung, dem Verkauf und dem Verbrauch der Nahrungsmittel. Diese so genannten prozessorientierten Normen sind bislang nur in den EU-Rechtsvorschriften über die biologische Landwirtschaft festgelegt. Um Nahrungsmittelsicherheit und Nahrungsmittelqualität zu verbessern, müssen diese Normen künftig auch auf die konventionelle Nahrungsmittelerzeugung, sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Fischerei und der Fischzucht, angewendet werden.

Dieser prozessorientierte Ansatz ist in die EU-Vorschriften über die Lebensmittelhygiene aufgenommen worden. Zwischen Hygiene und Nahrungsmittelsicherheit besteht jedoch ein wichtiger Unterschied. In Schlachtbetrieben, in der Fleisch-, Fisch-, Milch- und Nahrungsmittelerzeugung sowie in landwirtschaftlichen Betrieben müssen strenge Hygienevorschriften befolgt werden; diese müssen aber voneinander abgegrenzt und flexibel an die damit verbundenen Risiken, die Entfernung zwischen Verarbeitungsbetrieb und Verbrauchern und die in Bezug auf die Zeit zwischen Verarbeitung und Verbrauch erforderliche Lagerzeit, angepasst werden. Obwohl die europäischen Hygienevorschriften diese Flexibilität einfordern, werden sie häufig im Sinne der großen Unternehmen ausgelegt - das verdeckte Ziel dieser Nahrungsmittelpolitik ist oftmals die weiträumige Konzentration von Verarbeitungsbetrieben, die zur Schließung kleiner Schlachthöfe führt und durch die kleine Molkereibetriebe aus dem Markt gedrängt werden.

Als Grüne im Europäischen Parlament haben wir flexiblere Vorschriften für kleine Verarbeitungsbetriebe, traditionelle Produkte und Direktabsatz durchgesetzt. Die meisten Mitgliedstaaten wenden diese Vorschriften jedoch nicht an und müssen von Landwirten und Verbrauchern unter Druck gesetzt werden, damit sie lokale Strukturen fördern. Ersichtlich wird dies am Beispiel von Rohmilchkäse: Während der (natürliche) Keimgehalt von Milch auf einer Alm möglicherweise zu hoch ist, um sie zwei Tage zu kühlen und sie dann zu einer hundert Kilometer entfernten Molkerei zu transportieren, würde sich die Milch eventuell besser für die direkte traditionelle Verarbeitung zu Rohmilchkäse eignen, für die einfachere Hygieneanforderungen gelten.

Kasten 2: Nachhaltigkeitsnormen - Grüne Forderungen

- *Das Vorsorgeprinzip muss auf die gesamte Nahrungsmittelkette angewendet werden; es müssen klare Haftungsregeln festgelegt werden (insbesondere für chemische Rückstände und die Verunreinigung mit GVO).*
- *Die Normen zur Gewährleistung der Nahrungsmittelsicherheit müssen verschärft werden, ohne die zur Aufrechterhaltung und Diversifizierung der lokalen Nahrungsmittelerzeugung erforderliche Flexibilität bei der Umsetzung (besondere Hygienevorschriften für lokale Märkte und kleine Verarbeitungsbetriebe) einzuschränken.*

- Die Definition von Qualitätsstandards muss erweitert werden, um die großen Unterschiede in der Nahrungsmittelkultur und im Geschmack zu berücksichtigen (Förderung von Methoden zur Erhaltung der Artenvielfalt und der lokalen Nahrungsmittelkultur).

- Im Rahmen der Festlegung von Hygienestandards müssen staatliche Behörden und Tierärzte, die diese Standards überwachen, klare Toleranzgrenzen erhalten, um mehr Flexibilität herzustellen und eine Orientierungshilfe für die Entscheidung im Einzelfall zu geben.

- Im beschränkten Umfang und sofern keine unmittelbare Gefahr für die Gesundheit besteht, sollten die Vorschriften für vor Ort vermarktete handwerkliche Produkte zwischen der staatlichen Kontrollbehörde, den Verbrauchern und den Herstellern ausgehandelt werden können.

5. Die Macht der Nahrungsmittelindustrie beschneiden

Die Macht der globalen Nahrungsmittelindustrie wächst, weil Landwirtschaft sich immer stärker spezialisiert und eher Bestandteile für Nahrungsmittelrezepturen als vollwertige Nahrungsmittel erzeugt. Ein immer größerer Teil unseres Essens setzt sich aus verarbeiteten Nahrungsmitteln zusammen. Während wir immer weniger Zeit auf die Zubereitung unseres Essens verwenden, nehmen wir immer mehr technische Zusätze wie Konservierungsstoffe, Emulgatoren, Geschmacksverstärker und Aromen zu uns - Stoffe, von denen die Nahrungsmittelindustrie abhängt. Mehrere Tausend dieser Zutaten sind zugelassen, obwohl es an toxikologischen Studien über mögliche komplexe Wechselwirkungen in unserem Körper fehlt. Die multinationalen Player in der Nahrungsmittelindustrie haben großen Einfluss auf den Beschlussfassungsprozess in den für Nahrungsmittelnormen zuständigen europäischen und internationalen Behörden (Codex Alimentarius - eine Einrichtung, die von WHO und FAO und den Behörden Organisationen für Lebensmittelsicherheit gemeinsam kontrolliert wird). Diese „technischen“ oder „beratenden“ Gremien, die unabhängig sein sollen, sich aber oftmals Fachwissen aus der Industrie beschaffen, stehen nicht vollständig unter demokratischer Kontrolle und ihre Marktmacht und ihr politischer Einfluss wachsen weiter.

Die europäischen Grünen fordern eine bessere Überwachung der Nahrungsmittelindustrie und die Möglichkeit für die Verbraucher, eine fundierte Entscheidung zu treffen. Es ist unerlässlich, die Verbraucher über Unternehmen zu informieren, die wiederholt oder in grober Weise gegen Nahrungsmittelnormen verstoßen haben („name and shame“), die Zahl zugelassener Zusätze zu beschränken, eine vollständige Nahrungsmittelkennzeichnung sicherzustellen und die Kontrolle unerwünschter Stoffe in Nahrungsmitteln (Pflanzenschutzmittel, Antibiotika, andere Rückstände) zu verbessern. Eine Forderung der grünen Nahrungsmittelpolitik ist die Transparenz der Sitzungen der Beratenden Ausschüsse in der EU-Kommission, in der Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA und in internationalen Einrichtungen wie dem Codex Alimentarius und der WTO, einschließlich der Veröffentlichung von Minderheitsmeinungen. Außerdem muss die EU nichtstaatlichen Vereinigungen die Möglichkeit geben, gegen Entscheidungen dieser Einrichtungen Klage einzulegen. Globale Nahrungsmittelunternehmen verhindern, dass Landwirte und Fischer gerecht bezahlt werden und Verbraucher gerechte Nahrungsmittelpreise zahlen. Sie nutzen ihre Marktmacht, um die Verbraucherpreise auf ein Niveau zu heben, das angesichts der durchschnittlichen Ab-Hof-Preise oder der von den Fischern erhobenen Preise nicht gerechtfertigt ist. Um Tendenzen zur Monopolbildung auf den Märkten für Agrarerzeugnisse zu bekämpfen, muss die EU deshalb ihren Wettbewerbsregeln entsprechend Sofortmaßnahmen ergreifen. Das Argument, dass die globale Marktliberalisierung zu mehr Wettbewerb führe, der wiederum steigende Einkommen von Landwirten im Norden und Süden und gerechtere Verbraucherpreise ermögliche, ist falsch. Der Nahrungsmittelmarkt wird von nur 120 mit Nahrungsmitteln

handelnden Unternehmen beherrscht, die ihre Position dazu nutzen, über den Marktzugang von landwirtschaftlichen Betrieben zu entscheiden.

6. Kennzeichnung für mehr Transparenz

Um Verbraucher nicht weiter zu verwirren, sondern sie in die Lage zu versetzen, beim Einkauf ihrer Nahrungsmittel die richtige Entscheidung zu fällen, und um Märkte für Qualitätsprodukte zu schaffen, sind wirksame Qualitätsprüfungen und Nahrungsmittelkontrollen sowie eine leserliche Produktkennzeichnung von entscheidender Bedeutung. Die derzeitigen Kontrollsysteme legen das Hauptaugenmerk auf die Nahrungsmittelsicherheit und lassen Aspekte der Nachhaltigkeit und Genusstauglichkeit der Nahrungsmittel unberücksichtigt. Die grüne Nahrungsmittelpolitik will den defensiven Nahrungsmittelsicherheitsansatz der EU in einen proaktiven Nahrungsmittelqualitätsansatz umwandeln. Verbraucher benötigen einfache und relevante Informationen, um eine Kaufentscheidung fällen zu können. Um dem derzeitigen Anstieg der Fettleibigkeit entgegenzuwirken, muss die Nährstoffkennzeichnung auf verarbeiteten Nahrungsmitteln klar und verständlich sein.

Geografische Angaben, die die EU bereits in einer Verordnung über die Lebensmittelqualität vorgeschrieben hat, müssen so abgeändert werden, dass mehr Transparenz gewährleistet ist. Die Vorschriften für geschützte Ursprungsbezeichnungen, die an vor Ort ausgehandelte Qualitätsstandards geknüpft sind, müssen verschärft werden, um die Verbraucher vor Falschinformationen (z.B. „regionaler“ Käse, der aus importierter Milch hergestellt wurde) zu schützen. Die Ursprungsbezeichnung darf sich nicht auf Obst, Gemüse, Fisch oder Rindfleisch beschränken.

Der biologische Nahrungsmittelsektor reguliert sich selbst; er stellt hohe Standards für die Kontrolle und Zertifizierung biologischer Erzeugnisse auf und legt strenge Vorschriften für die Kennzeichnung sowohl inländischer als auch importierter Erzeugnisse fest. Diese Unabhängigkeit muss gegen Versuche der Industrie oder der Regierung, diese Aufgaben zu übernehmen, verteidigt werden.

Die Kennzeichnung genetisch veränderter Nahrungsmittel muss so gestaltet sein, dass auch mithilfe genetisch veränderter Futtermittel erzeugte Eier, Fleisch und Milch für den Verbraucher als solche erkennbar sind, einschließlich der Haftung bei Verunreinigung. Auf den Etiketten ist bereits angegeben, ob der Fisch im Meer gefangen oder gezüchtet wurde, sowie aus welchem Gebiet er stammt; dennoch müssen weitere Informationen aufgenommen werden, wie beispielsweise Umweltauswirkungen des Fischfangs, Fangmethoden und der Status der wilden Fischbestände (erschöpft, reich usw.).

Kasten 3: Transparenz und Kennzeichnung

- Eine EU-Verordnung über Verbraucherinformation (bessere Umsetzung der Rechtsvorschriften über die Rückverfolgbarkeit und besondere Kennzeichnung) muss sicherstellen, dass die Verbraucher grundlegende und relevante Informationen über den Ursprung eines Produktes und die Produktionsmethoden erhalten.
- Die Entscheidung der Verbraucher für eine gesunde Ernährung muss gefördert werden (klare und verständliche Kennzeichnung, Unterricht in Nahrungsmittelkultur in den Schulen und hochwertige Nahrungsmittel in öffentlichen Kantinen).

7. Ein Gleichgewicht zwischen Nahrungsmittelsicherheit und Energiesicherheit herstellen

Aufgrund des weltweiten Bevölkerungswachstums und der aufstrebenden Volkswirtschaften in Brasilien, Indien und China kommt es zu einem rasanten Anstieg der Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Energie. Gleichzeitig gehört die kostengünstige Bereitstellung von Mineralöl der Vergangenheit an und gibt es in vielen Regionen der Welt eine Erschöpfung von Böden, Grundwasser und Artenvielfalt. Dadurch steigt die Wahrscheinlichkeit von klimatischen Veränderungen, Missernten und Hungersnöten. Fisch kann einen langen Weg zurücklegen, bevor er konsumiert wird; zuweilen wird er in Europa gefangen, dann zur Verarbeitung nach China transportiert und schließlich nach Europa zurückgebracht, um verkauft zu werden. Europa importiert außerdem große Mengen an Fisch aus Entwicklungsländern und beeinflusst damit die lokale, regionale und selbst die nationale Nahrungsmittelsicherheit dieser Länder. Dies ist eine explosive Mischung, die zu Wirtschaftskrisen und geopolitischen Konflikten führt.

Die derzeitigen EU-Ziele für den Verbrauch von Agrarkraftstoffen - irreführenderweise "Biokraftstoffe", genannt - führen beispielsweise zu einer nicht nachhaltigen Nutzung von Agrarflächen, Wasser und Energie und sind eine Gefahr für die globale Nahrungsmittelsicherheit. Höhere Preise für Agrarflächen, Wasser und Energie stellen insbesondere viele Entwicklungsländer, die vom Import kostengünstiger Nahrungsmittelprodukte abhängig sind, vor das Problem, genug Nahrungsmittelprodukte zu einem erschwinglichen Preis zu kaufen und zu produzieren. Es ist falsch, auf verbindlichen Zielvorgaben für die Beimischung von Agrarkraftstoffen zu bestehen, bevor nicht eine breit angelegte ökologische und soziale Verträglichkeitsstudie über die Produktion und den Import von Agrarkraftstoffen durchgeführt wurde. In einer aktuellen Studie der Gemeinsamen Forschungsstelle der EU-Kommission wird darauf hingewiesen, dass die Produktion von Agrarkraftstoffen nicht zu einer substanziellen Senkung der CO₂-Emissionen führt, sondern im Gegenteil einen Anstieg der Umweltkosten in Höhe von 60 Milliarden Euro verursachen könnte.

Der wachsende Druck auf natürliche Ressourcen für Nahrungsmittel, Futtermittel und Kraftstoffe muss gemäß dem Suffizienzprinzip drastisch entschärft werden. Nordamerika und Europa verbrauchen heute 70 Prozent des Mineralöls und 40 Prozent der Nahrungsmittel weltweit, obwohl sie lediglich 19 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Die EU ist der weltgrößte Importeur von Agrarerzeugnissen und Fisch. Um künftige Konflikte um den Zugang zu Energiequellen, Wasser und Agrarflächen zu vermeiden, muss die grüne Nahrungsmittel- und Energiesicherheitspolitik verschwenderische Produktionsmethoden, Verbrauchsmuster und Lebensstile bekämpfen und auf einen ausgewogeneren Zugang zu Nahrungsmitteln und Energie für alle Menschen drängen.

Bei der Erzeugung von Fleisch wird mehr Energie verbraucht als bei der Erzeugung von Obstkulturen und Gemüse. Dennoch steigt die Fleischerzeugung weltweit an. Zahlreiche europäische Gesundheitsinstitute erklären, dass Europäer heute zu viel Fleisch zu sich nehmen. Dies hatte und hat weiterhin Auswirkungen auf die weltweite Verfügbarkeit von Agrarflächen und den Wasser- und Energiebedarf. Dies zeigt sich auch am Beispiel des brasilianischen Regenwalds, der zugunsten der Soja- und Maiserzeugung für den europäischen Tiersektor immer weiter schrumpft. Ziel grüner Nahrungsmittelpolitik ist die Senkung des Fleischverbrauchs. Hierbei geht es nicht nur um den Bereich Energie, sondern auch um das Thema Gesundheit.

Kasten 4: Konkrete Maßnahmen

- Maßnahmen gegen ineffizienten Konsum zur Optimierung der Nutzung knapper natürlicher Ressourcen wie Energie, Wasser und Agrarfläche. Das bedeutet, dass wir Grüne auch den ineffizienten Konsum von Fleisch bekämpfen werden, der in Bezug auf die Nutzung von Agrarfläche und Energie sieben Mal ineffizienter ist als der Konsum von Getreide.

8. Gerechter Handel und qualifizierter Marktzugang

Die Öffnung der Agrarmärkte ist jetzt bereits seit mehr als einem Jahrzehnt das Credo der Europäischen Kommission. Das Argument, dass die Entwicklung des Südens nur möglich sei, wenn Agrarerzeugnisse über nationale Grenzen hinweg frei gehandelt werden können, wurde durch die Öffentlichkeit wirksam widerlegt. Gerechte Handelsnormen wurden von Landwirten und Entwicklungs-NRO von unten nach oben entwickelt und finden nun Eingang in größere Märkte. Angesichts anhaltender Menschenrechtsverletzungen, der Zerstörung der Regenwälder und der Erschöpfung der Wasserressourcen in einigen Ländern, durch die Ausfuhren in die EU ermöglicht werden sollen, muss die Kommission anerkennen, dass das grüne Konzept des qualifizierten Marktzugangs - das heißt, die Einforderung von sozialen und ökologischen Bedingungen und Normen für den Zugang zu den EU-Märkten, dringend gebraucht wird und im Rahmen der internationalen Handelsverhandlungen aktiv gefördert werden muss.

Für die Nahrungsmittelsicherheit Europas und die Ernährungssicherheit der Entwicklungsländer besteht der einzige Ausweg aus dem Stillstand in den multilateralen Handelsverhandlungen in einem „qualifizierten Schutz der Märkte“ gegen Dumping. Die Anti-Dumping-Kriterien müssen Aspekte der Nahrungsmittelsicherheit, des Umwelt-, Sozial- und Tierschutzes und der Artenvielfalt umfassen und auf Direktzahlungen innerhalb der EU Anwendung finden. Die Nichteinhaltung dieser Normen muss die Erhebung von Zöllen oder Abgaben an den EU-Grenzen und den Grenzen der Entwicklungsländer nach sich ziehen. Solche „Einnahmen aus dem qualifizierten Schutz“ würden unmittelbar an die Entwicklungsländer weitergeleitet und als Unterstützung für Projekte dienen, mit denen diese vereinbarten Methoden und Normen eingeführt werden sollen.

Kasten 5:

Um einen solchen externen Schutz zu erreichen, muss die EU

- alle Arten von Exportsubventionen für Agrarerzeugnisse endgültig stoppen,*
- Allianzen mit der FAO und anderen UN-Agenturen schmieden, um ein multilaterales Abkommen über diese Frage innerhalb oder außerhalb der WTO zu erreichen,*
- wirksame Grenzkontrollen und an den Ursprungsorten Prozesskontrollen einführen, um Nahrungsmittelsicherheitsnormen für Importerzeugnisse zu garantieren,*
- den Energieverbrauch im Zusammenhang mit Nahrungsmittel- und Futterzuwachs, Ernte, Produktion und Transport senken,*
- sicherstellen, dass die Aktivitäten von Fischereifahrzeugen in Gewässern von Entwicklungsländern nachhaltig sind und außerdem zum Aufbau einer nachhaltigen Fischerei durch und für die lokalen Gemeinschaften beitragen.*

9. Investition in die Zukunft - Verbesserung der Ernährungs- und Lebensmittelforschung

Agrarforschung ermöglicht Innovation und eine Weiterentwicklung des Agrar- und Nahrungsmittelsektors. Bisher war die Doktrin der Intensivierung und Arbeitskräfte sparenden Rationalisierung in allen Bereichen der Produktion der Antrieb für die Forschung. Die Berufsausbildung an Agrarhochschulen hat sich dieser Denkweise angepasst. Das hat dazu geführt, dass der Schwerpunkt auf die Fähigkeit zur Gewinnmaximierung bei der Produktion von Grunderzeugnissen gelegt wurde, was wiederum zu einer Konzentration auf landwirtschaftliche Produktion in einigen begünstigten Regionen und zu Abwanderungsprozessen in anderen Regionen geführt hat. Ebenso ist die Forschung im Bereich der Fischerei darauf ausgerichtet, immer größere Mengen an Fisch zu fangen und die Umweltauswirkungen nicht zu berücksichtigen, was zu jährlichen weltweiten Rückwürfen von Millionen Tonnen Fisch geführt hat.

Die Weiterentwicklung und Innovation im Fischerei-, Agrar- und Nahrungsmittelsektor muss grundsätzlich an die veränderten Anforderungen der Gesellschaft angepasst werden. Forschung und Bildung müssen neue Zielvorgaben erhalten und ihren Schwerpunkt auf die nachhaltige Produktion zu Land und zu Wasser und die Veränderung von Verbrauchsmustern legen anstatt auf biotechnologische Intensivierung. Die breite Palette an Dienstleistungen, die die Gesellschaft benötigt, und die von qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln bis zum Naturschutz und Tourismus in ländlichen Gebieten reicht, muss sich in Forschung und Bildung widerspiegeln.

Grüne Nahrungsmittelforschungspolitik legt deshalb den Schwerpunkt auf eine integrierte soziale, ökologische und wirtschaftliche Forschung, die darauf ausgerichtet ist, die Lebenszyklen auf allen Ebenen der Produktion und des Verbrauchs zu verbessern und die Synergien in der natürlichen und gemeinschaftlichen Landwirtschaft, die dem Suffizienzprinzip folgt, zu nutzen.

Kasten 6:

- *Anstatt den Schwerpunkt auf Gentechnik und Gewinnmaximierung für große agroindustrielle Unternehmen zu legen, muss die Agrarforschung die Diversifizierung von Beschäftigung und Innovation in ländlichen Gebieten durch erneuerbare Energien und angepasste Technologien zu ihrer Priorität machen.*
- *Besonderes Augenmerk muss der Modernisierung der biologischen Landwirtschaft und der Low-Input-Landwirtschaft durch zielgerichtete Forschung gelten.*
- *Die Fischereiforschung muss sich von der Maximierung der unmittelbaren Fangmenge unter Nichtbeachtung der Folgen für die Umwelt ab- und stattdessen Fangmethoden zuwenden, die nur den Fang erwachsener, konsumierbarer Fische zulässt und alle anderen Fische und Tiere (Haie, Vögel, Meeressäuger usw.) im Wasser belässt.*
- *Weiterbildungs- und Informationsprogramme müssen den Schwerpunkt auf Methoden der nachhaltigen Nahrungsmittelerzeugung und Vermarktungsstrategien für diversifizierte und qualitativ hochwertige Nahrungsmittelprodukte legen.*

10. Denkanstöße - nachhaltige Land-Stadt-Beziehungen

Um gesunde und frische Nahrungsmittel auf die politische Agenda zurückzubringen, muss die EU nachhaltige Beziehungen zwischen ländlichen und städtischen Regionen neu definieren. Ländliche Regionen können keine gesunden und kostengünstigen Nahrungsmittel bereitstellen,

wenn die Städte weiterhin immer größere Mengen Abfall und verunreinigtes Wasser in ihr Umland leiten und Bürger in ländlichen Gebieten durch Strukturpolitiken systematisch benachteiligt werden.

Die Nahrungsmittelqualität in der EU krankt außerdem an einer falschen Ausrichtung und falschen Umsetzung der Lissabon-Agenda für Wirtschaftswachstum der EU. Zusammenhalt, Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltige Entwicklung sind drei untrennbare Ziele künftiger ländlicher und städtischer Entwicklungspolitiken.

Zusammenhalt ist nicht nur eine Frage der Umverteilung des Reichtums von wohlhabenderen auf ärmere Regionen der Union. Er beinhaltet die Verpflichtung, zur Verringerung der Unterschiede zwischen den Regionen beizutragen.

Wettbewerbsfähigkeit ist nicht nur eine Frage der wirksamsten Produktionsmethoden, der niedrigsten Kosten und Preise von Waren und Dienstleistungen, sondern auch eine Frage der Qualität, des Ursprungs und des Beschäftigungseffekts. Die EU-Agrarpolitik muss daher zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben und Unternehmen unterscheiden, die auf lokaler oder regionaler Ebene tätig sind, und jenen, die auf europäischer Ebene oder weltweit operieren.

Nachhaltigkeit ist nicht nur eine Frage der Erhaltung natürlicher Ressourcen. Sie beinhaltet die umsichtige Nutzung und Behandlung von Böden, Wasser, Artenvielfalt und anderen Allgemeingütern. Sie umfasst außerdem die Gewährleistung sozialer Kontinuität und der langfristigen Lebensfähigkeit lokaler Ökonomien.

Damit die neue ländliche und städtische Nahrungsmittelsicherheitspolitik ein Erfolg wird, müssen Europäische Union, nationale Regierungen und Zivilgesellschaft einen neuen Sozialvertrag ausarbeiten. Mittel des öffentlichen Sektors müssen mit der Energie und den Ressourcen des Privatsektors und des gemeinnützigen Sektors verknüpft werden. Die Menschen in ländlichen Regionen müssen an der Umsetzung der ländlichen Entwicklungsprogramme aktiv beteiligt werden.

Kasten 7:

Um Wertzuwachs in der Landwirtschaft zu erreichen und Märkte für Qualitätsprodukte zu schaffen,

- müssen öffentliche Mittel von der Marktintervention auf die Förderung der ländlichen Infrastruktur umgelenkt werden; dadurch werden lokale und regionale Qualitätsprodukte, Investitionen in artgerechte Tierhaltung, die Erhaltung der Artenvielfalt und die Nahrungsmittelsicherheit gefördert;
- bedarf es einer Umwandlung in eine umweltfreundliche Landwirtschaft mit niedrigen Schadstoffrückständen und Ressourcen sparenden Produktionsmethoden (Energie, Wasser, Dünger, Chemikalien usw.);
- muss die biologische Landwirtschaft mit öffentlichen Beihilfen für die Flächenumnutzung und den Absatz in Schulen, Krankenhäusern und öffentlichen Kantinen gefördert werden; muss biologische Säuglingsnahrung zur Norm werden.
- müssen Subventionen, die zu Überfischung führen, so neu ausgerichtet werden, dass sie selektiveres Fanggeschirr fördern und die enormen Überschusskapazitäten der EU-Fischerei verringern, und so auf die Fischbestände abgestimmt werden.